



Franz Steiner Verlag

Auszug aus:

Liberalismus und Nationalsozialismus

Eine Beziehungsgeschichte

Herausgegeben von

Elke Seefried, Ernst Wolfgang Becker,

Frank Bajohr und Johannes Hürter



Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2020

Inhalt

- 11 *Ernst Wolfgang Becker / Elke Seefried / Frank Bajohr / Johannes Hürter*
Einleitung

Langfristige Kontinuitäten und Brüche

- 41 *Ulrike Jureit*
Globales Ordnungsdenken. Liberaler Imperialismus, völkisches Großraumdenken und rassenbiologische Lebensraumideologie
- 67 *Thomas Vordermayer*
Die Kehrtwende des Wilhelm Stapel. Von den liberalen Anfängen eines völkischen Publizisten und ihrer national(sozial)istischen Revision nach 1918
- 91 *Jörn Leonhard*
Bürgerliche Moderne im Zeitalter der Extreme. Der europäische Liberalismus nach 1918

**Gegenseitige Wahrnehmungen und programmatische Ambivalenzen
1930–1939**

- 117 *Frank Bajohr*
Zwischen Gegnerschaft, Geringschätzung, Nichtbeachtung und verdeckter Adaption. Zur nationalsozialistischen Sicht auf den Liberalismus
- 133 *Eric Kurlander*
Liberal Women and National Socialism. (Dis)continuities in Conceptions of Race, Space, and Social Policy, 1930–1939
- 159 *Christopher König*
„Die Fronten sind andere geworden ...“. Liberale Kulturprotestanten und der Nationalsozialismus am Beispiel der Zeitschrift „Die Christliche Welt“

Täter, Profiteure, Oppositionelle: Handlungsspielräume und Handlungsformen von Liberalen im NS-Regime und in Europa

- 209 *Beate Meyer*
Sich selbst treu geblieben? Der Liberale Werner Stephan in der NS-Administration
- 233 *Joachim Scholtyseck*
Liberale Unternehmer und „Arisierungen“. Einige Fallbeispiele und ein Ausblick
- 253 *Philipp Müller*
Transformation des Liberalismus. Die Internationale Handelskammer im NS-Regime während der 1930er Jahre
- 279 *Manuel Limbach*
Bayerische Liberale im Widerstand gegen Hitler. Eduard Hamm und Otto Geßler
- 309 *Iris Nachum*
Sudetendeutsche Zweckbündnisse. Interaktionsmuster zwischen Liberalen und Nationalsozialisten bzw. der Henleinpartei in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit

**Transatlantische Perspektiven auf den Nationalsozialismus:
Liberaler im Exil**

- 343 *Helke Rausch*
Elastischer Vernunftliberalismus. Ernst Jäckh als transatlantischer
Grenzgänger
- 371 *Ernst Wolfgang Becker*
Deutschlands langer Sonderweg in den totalitären Etatismus.
Der liberale Wirtschaftspublizist Gustav Stolper und seine
Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Ausblick: Schwierige liberale Lernprozesse nach 1945

- 407 *Kristian Buchna*
„Liberale“ Vergangenheitspolitik. Die FDP und ihr Umgang
mit dem Nationalsozialismus
- 451 Die Autorinnen und Autoren des Bandes
- 453 Personenregister

JÖRN LEONHARD

Bürgerliche Moderne im Zeitalter der Extreme

Der europäische Liberalismus nach 1918

1. Einleitung: Der „verlassene Tempel“ von Liberalismus und Demokratie?

Als der österreichische Schriftsteller Robert Musil 1922 eine seiner lakonischen Zwischenbilanzen zog, kam er zu dem Schluss, dass man nun zwar seit über zehn Jahren Weltgeschichte „im grellsten Stil“ betreibe – aber man könne sie „doch eigentlich nicht wahrnehmen“. Vom Gefühl, Zeuge einer Verdichtung welthistorischer Ereignisse zu sein, ließ sich jedenfalls nicht ohne weiteres auf einen Erkenntnisfortschritt schließen: „So sieht also Weltgeschichte in der Nähe aus; man sieht nichts.“ Das liege nicht daran, dass man ihr noch zu nahe sei, wie beim „Gesichtssinn“, der die physische Distanz notwendig mache, um etwas überblicken zu können:

„Das Gleichnis stimmt nicht. Wir wüssten genug, um uns ein Urteil über Gegenwärtiges und Jüngstvergangenes zu bilden, wir wissen jedenfalls mehr, als spätere Zeiten wissen werden [...]. Die berühmte historische Distanz besteht darin, dass von hundert Tatsachen fünfundneunzig verlorengegangen sind, weshalb sich die verbliebenen ordnen lassen, wie man will.“

Man habe viel Veränderung gesehen und doch am Ende „nichts wahrgenommen“. Dazu fehlte für Musil das Entscheidende:

„Wir besaßen nicht die Begriffe, um das Erlebte in uns hineinzuziehen. Oder auch nicht die Gefühle, deren Magnetismus sie dazu aktiviert. Zurückgeblieben ist nur eine sehr erstaunte Unruhe, ein Zustand, als hätten sich vom Erlebnis her Nervenbahnen zu bilden begonnen und wären vorzeitig abgerissen worden.“¹

¹ Robert Musil: Das hilflose Europa oder Reise vom Hundertsten ins Tausendste (1922), in: Ders.: Gesammelte Werke, Bd. 2: Prosa und Stücke, kleine Prosa, Aphorismen, Autobiographisches, Essays und Reden, Kritik, hg. von Adolf Frisé, Reinbek bei Hamburg 1978,

Der Große Krieg mochte zu Ende sein, aber was dauerhaft an seine Stelle treten sollte, war schwer zu erkennen.² So bildete zunächst die Mischung aus Erleichterung und Aufbruchseuphorie, von Niedergangsszenarien und Bedrohungsgefühlen nach 1918 ein Leitmotiv vieler politischer Gegenwartsanalysen – und das unabhängig von der Frage, aus welchem ideologischen Lager sie stammten. Auf den ersten Blick hätte man von einem Sieg der Prinzipien sprechen können, die ohne die Erbschaften des Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert undenkbar waren: Hatte der Krieg nicht den Untergang der autokratischen Monarchien mit ihren schwachen Parlamenten und dem Übergewicht des Militärs in politischen Entscheidungen auf dem europäischen Kontinent gebracht? Hatte er nicht mit dem Sieg auch die historische Überlegenheit der parlamentarischen Demokratien in ihren unterschiedlichen Spielarten in Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten bewiesen? War es nicht ein Zukunftsversprechen, dass das Kriegsende mit dem Durchbruch zur Massendemokratie, mit freien, allgemeinen Wahlen in vielen Gesellschaften zusammenfiel, mit wichtigen Ansätzen zur Fortentwicklung der politischen in eine soziale Demokratie? Besaß der Liberalismus 1918 mit dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson nicht eine charismatische Zentralfigur mit globaler Ausstrahlung, die innere Demokratisierung und internationale Pazifizierung zusammendachte und glaubwürdig als neue Ordnungsprinzipien vermittelte? Steckte im Bekenntnis zu „self-determination“, der Dopplung von nationaler Selbstbestimmung und demokratischer Selbstregierung nicht der entscheidende Ansatz, um die Kriegsgründe von 1914 ein für alle Mal zu überwinden und so dem „war to end all wars“ einen universalhistorischen Sinn zuzuweisen?

Viele dieser positiven Aufbruchssignale existierten zweifellos, und sie grundierten einen neuen Internationalismus. Schon 1916 hatte Ernst Joël auf die „gerade gegenwärtig [...] paradoxe Tatsache“ verwiesen, „daß die Gemeinschaft der wahrhaft Vaterländischen eine internationale, übernationale ist.“³ Und der französische Schriftsteller und Pazifist Henri Barbusse bekannte 1918 enthusiastisch: „Menschheit statt Nation. 1789 riefen die Revolutionäre: ‚Alle Franzosen sind gleich.‘ Wir sagen: ‚Alle Menschen!‘ Die Gleichheit erfordert gemeinsame Regeln für alle Menschen der Erde.“⁴

S. 1075–1094, hier S. 1075 f; Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt*, München 2018, S. 1154.

² Dieser Beitrag folgt Leonhard, *Frieden*, insbesondere S. 1237–1253.

³ Ernst Joël: *Kameradschaft*, in: *Das Ziel. Aufrufe zu tätigem Geist*, hg. von Kurt Hiller, München 1916, S. 162.

⁴ Henri Barbusse: *Der Schimmer im Abgrund. Ein Manifest an alle Denkenden*, dt. Ausgabe von Iwan Goll, Basel o.J., S. 60.

Doch bildeten diese Erwartungen nur eine Seite der zeitgenössischen Wahrnehmung. In seinen berühmten „Gefängnisbriefen“, einem ab 1929 verfassten Hauptwerk der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts, schrieb der italienische Marxist Antonio Gramsci als politischer Gefangener der italienischen Faschisten über die Phase des Nachkriegs: „Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu sehr unterschiedlichen Krankheitserscheinungen.“⁵ Die Beobachtung des Soziologen und Philosophen Karl Mannheim, dessen Analysen zu den Krisenerscheinungen der Massendemokratie und zur politischen Instrumentalisierbarkeit partikulärer Weltansichten nach 1918 zu einem neuen, post-marxistischen Verständnis von „Ideologie“ führte, wies in dieselbe Richtung:

„Überall warten die Menschen auf einen Messias, und die Luft bebt vor den Versprechungen großer und kleiner Propheten [...] Uns alle eint das gleiche Schicksal: Wir haben mehr Liebe in uns und vor allem mehr Sehnsüchte, als die heutige Gesellschaft zu befriedigen vermag. Wir alle sind reif für etwas, und es gibt niemanden, der die Früchte pflücken will.“⁶

Zu dieser skeptischen Einschätzung trat ein durch den Krieg tiefgreifend erschütterter Glaube an die Europäisierung der Welt, die wie der Liberalismus ein Erbe des 19. Jahrhunderts war. Der französische Schriftsteller Paul Valéry bekannte 1919:

„Wir Kulturvölker, wir wissen jetzt, dass wir sterblich sind. Wir hatten gehört von ganzen Welten, die verschwunden sind, von Reichen, plötzlich vom Abgrund verschlungen mit allen ihren Menschen und all ihren Werkzeugen; hinabgesunken bis auf den unerforschbaren Grund der Jahrhunderte, samt ihren Göttern und ihren Gesetzen, ihren Akademien und ihren reinen und angewandten Wissenschaften [...]. Wohl wussten wir, dass der ganze Erdboden aus Asche ist, dass Asche etwas bedeutet. In den Tiefen der Geschichte gewahrten wir Phantome riesiger Schiffe, einst befrachtet mit Reichtum und Geist [...] Aber diese Katastrophen kümmerten uns letzten Endes nicht.“⁷

⁵ Antonio Gramsci: *Gefängnishefte*, hg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Bd. 2, Hamburg 1991, Q3, §34, S. 354; Jan-Werner Müller: *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert* (Engl. 2011), Berlin 2013, S. 85.

⁶ Zitiert nach Mary Gluck: *Georg Lukács and His Generation, 1900–1918*, Cambridge/MA 1985, S. 11; Müller, *Zeitalter*, S. 85.

⁷ Paul Valéry: *Die Krise des Geistes* (Franz. 1919), in: *Corona. Zweimonatsschrift* 5 (1931), hg. von Martin Bodmer und Herbert Steiner, zitiert nach: Philipp Blom: *Die zerrissenen Jahre 1918–1938*, München 2014, S. 55; Leonhard, *Frieden*, S. 630.

Der britische Ökonom John Maynard Keynes schließlich reagierte lakonisch auf die Woodrow Wilson unterstellte messianische Qualität eines neuen Weltordnungsprogramms. Wilsons Dogma erhebe und erhöhe „die Teilung nach Rasse und Nationalität über die Bande des Handels und der Kultur“. Er garantiere „Grenzen, aber nicht Glück“. Für Keynes bildete nach 1918 nicht der gelungene politische und soziale Aufbruch oder der Durchbruch zu einem neuen Internationalismus das Leitmotiv, sondern eine aus Scheitern und Erschöpfung resultierende Beschränkung auf die Nation und ihre Abschließung nach außen. So konstatierte er für die europäischen Gesellschaften nach 1918 eine regelrechte „Universalismusmüdigkeit“,⁸ die er präzise ausdrückte:

„Unser Gefühl und unser Denkvermögen über die nächsten Fragen unseres eigenen materiellen Wohlergehens hinaus war zeitweilig verdunkelt [...] Wir sind schon über das Maß des Erträglichen hinaus erregt und brauchen Ruhe. Niemals im Leben des heutigen Menschen hat das Gefühl der Weltzusammengehörigkeit in seiner Seele so trübe gebrannt.“⁹

Was Keynes als ideologische Erschöpfung europäischer Gesellschaften diagnostizierte, erklärte ab 1917 die Empfänglichkeit für neue Utopien, seien es die Revolutionsexperimente in Russland oder die entfernt verwandten Botschaften aus den Vereinigten Staaten. Zumal die seit Kriegsende so deutlich hervortretenden und häufig so übersteigerten Hoffnungen auf eine wichtige Rolle der USA in den internationalen Beziehungen, eine amerikanische Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Erbschaften des Krieges sowie auf globale politische Ordnungskonzepte standen in diesem Zusammenhang.

Aufbruch und Auflösung, Stabilisierung und Bedrohung, Euphorie und Niedergang prägten als gegenläufige Leit motive auch die historiographischen Narrative: So entwarf Mark Mazower das Bild des „verlassenen Tempels“ der liberalen Ordnung in zahlreichen Nationalstaaten Europas:

„Triumphant in 1918, [democracy] was virtually extinct twenty years on [...]. In its focus upon constitutional rights and its neglect of social responsibilities, it often seemed more fitted to the nineteenth than to the twentieth century. By the 1930s the signs were that most Europeans no longer wished to fight for it.“¹⁰

⁸ Müller, Zeitalter, S. 46.

⁹ John Maynard Keynes: Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles [1920], hg. von Dorothea Hauser, Berlin 2006, S. 146–147; Müller, Zeitalter, S. 46.

¹⁰ Mark Mazower: Dark Continent: Europe's Twentieth Century, New York 1998, S. 5; Andreas Orzoff: Interwar Democracy and the League of Nations, in: Nicholas Doumani (Hg.): The Oxford Handbook of European History, 1914–1945, Oxford 2016, S. 261–281, hier S. 262.

Dagegen haben neuere Arbeiten den Fokus auf die „Lebensversuche moderner Demokratien“ in den 1920er und 1930er Jahren gelegt.¹¹ Aus dieser Perspektive könnte man davor warnen, die offene Zukunft von 1918 bei allen Hypothesen und Belastungen aus dem Wissen um 1933, 1939/41 oder 1945 zu verkürzen und den Nachkrieg der offenen Ausgänge zur suggestiven „Zwischenkriegszeit“ zu reduzieren, die 1939 vermeintlich ausweglos in den Krieg mündete.

Wie gingen europäische Liberale mit dieser unübersichtlichen und widersprüchlichen Situation um? Was bedeutete die Erfahrung des Weltkrieges für sie und wie wirkte sie in den 1920er Jahren fort? Welche Varianten des liberalen Paradigmas entwickelten sich vor diesem Hintergrund in den europäischen Gesellschaften nach 1918? Und welche Beziehungsgeschichte zwischen Liberalismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus ergibt sich daraus?

2. Weltkrieg und Kriegsende: Erbschaften des Umbruchs

Stärker als in jedem Krieg der Neuzeit waren im Ersten Weltkrieg Erwartungen und Erfahrungen auseinander getreten. Walter Benjamin schrieb 1933 im Rückblick:

„Nein, soviel ist klar: die Erfahrung ist im Kurse gefallen und das in einer Generation, die 1914–1918 eine der ungeheuersten Erfahrungen in der Weltgeschichte gemacht hat [...] Denn nie sind Erfahrungen gründlicher Lügen gestraft worden, als die strategischen durch den Stellungskrieg, die wirtschaftlichen durch die Inflation, die körperlichen durch den Hunger, die sittlichen durch die Machthaber. Eine Generation, die noch mit der Pferdebahn zur Schule gefahren war, stand unter freiem Himmel in einer Landschaft, in der nichts unverändert geblieben war als die Wolken, und in der Mitte, in einem Kraftfeld zerstörender Ströme und Explosionen, der winzige, gerechliche Menschenkörper.“¹²

Was bedeutete dieser tiefgreifende Umbruch, diese Entwertung aller Sicherheiten für europäische Liberale? Sie hatten im Verlauf des langen 19. Jahrhunderts wichtige Kernziele durchsetzen können: geschriebene Verfassungen, eine parlamentarische Regierungsweise, bürgerliche Rechtsgleichheit und die schrittweise Ausweitung politischer Partizipation. Zugleich ergaben sich seit

¹¹ Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014.

¹² Walter Benjamin: Erfahrung und Armut (Dezember 1933), in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 2/1: Aufsätze, Essays, Vorträge, hg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt/M. 1977, S. 213–219, hier S. 214; Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 1004.

der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der nationalen und der imperialen Frage sowie mit der Aufgabe, die Industriearbeiter in den imperialisierenden Nationalstaat zu integrieren, neue Herausforderungen. Auch daraus konnten spannungsreiche Politikentwürfe entstehen: So verband vor 1914 die Suche nach einem Kompromiss zwischen bürgerlichen Liberalen und gemäßigten Sozialisten im Zeichen des Sozialliberalismus den Anspruch auf innere Reformpolitik und soziale Integration mit einem aggressiven Weltmachtanspruch, wie ein Blick auf Friedrich Naumann in Deutschland oder die New Imperialists in Großbritannien erweist.¹³

Bereits vor 1914 waren Liberale mit veränderten Bedingungen der öffentlichen Deliberation und Kommunikation von Politik konfrontiert. So entstanden politische Massenmärkte mit professionell organisierten Parteien und Interessengruppen. Das überkommene Ideal vieler Liberaler, das für die Politik lebende Individuum, das keiner Partei mit Funktionären bedurfte, geriet unter Druck. Weil die liberalen Parteien nie die relative Kohärenz von Milieuparteien wie der SPD oder des katholischen Zentrums erreichten, reagierten sie besonders sensibel auf die Wahlrechtsdiskussionen vor 1914. Ein Grundproblem des Liberalismus nach 1918 deutete sich hier an, nämlich die Spannung zwischen individueller Freiheit und Gleichheit, in welcher der französische Historiker Alexis de Tocqueville bereits in den 1850er Jahren die bestimmende Tendenz eines demokratischen Zeitalters der Massen erkannt hatte. In ihm war, so Tocqueville, die Freiheit des Einzelnen durch die modernen Instrumente der Demokratie bedroht, wie die bonapartistische Kopplung von Plebiszit und Populismus zu beweisen schien.¹⁴ Dass man gerade ab den 1920er Jahren auf diese Ideen zurückgriff, um den Aufstieg der ideologischen Extreme durch eine spezifische Adaption des Bonapartismus zu erklären, verwies auf ein Grundthema des Liberalismus.

Viele dieser Entwicklungen wurden durch den Ersten Weltkrieg beschleunigt und zugespitzt, andere dagegen in Frage gestellt oder einem Umbruch ausgesetzt.¹⁵ Sechs wichtige Komplexe erscheinen dabei von großer Bedeu-

tung, weil sie weit über 1918 hinaus die Handlungsbedingungen und Denkmuster von Liberalen prägen sollten. *Erstens* ging der Krieg mit einer neuartigen Verstaatung einher, einer Expansion des Staates, seinem Vordringen in bislang noch relativ autonome Lebens- und Handlungsbereiche. Daraus entstanden neue Formen der Kooperation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Eingeübte parlamentarische Abläufe wurden nach dem Sommer 1914 im Zeichen von Burgfrieden, *Union sacrée* oder *truce* suspendiert, die Exekutiven gestärkt. So nahm die Bedeutung charismatischer Kriegspolitiker wie Georges Clemenceau und David Lloyd George oder Militärpolitiker wie Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff zu. Diese Verstaatungsprozesse hatten langfristig mindestens zwei wichtige Konsequenzen. Sie beförderten Prozesse der Homogenisierung und Nivellierung von Kriegsgesellschaften, zumal im Zeichen neuer Konzepte wie dem der „Volksgemeinschaft“. Diese Homogenisierung war etwas anderes als das liberale Paradigma evolutionärer Reformen auf der Basis des vernünftigen Fortschritts. Sie resultierte nicht aus der Überzeugungskraft von Ideen oder der Umsetzung natürlicher Rechte, sondern auf dem millionenfachen Opfer, der demokratischen Egalität der Toten, Witwen und Waisen, dem imaginären Plebiszit der Schützengräben und Rüstungsfabriken. Gleichzeitig gebar dieser neue Komplex von Staat und Kriegsgemeinschaft ein neues Ideal der Planung, Expertise und Sachlogik. Der „Fachmann“ verdrängte den klassischen Kriegshelden. Das Vertrauen in planbare Optimierungen, in die Steuerbarkeit von Politik und Wirtschaft, Demographie und internationaler Ordnung sollte ein entscheidendes Erbe des Krieges sein.¹⁶

Zweitens setzte die permanente Mobilisierung die Kriegsgesellschaften unter enormen Druck. Die von allen Akteuren zitierte Verteidigung der eigenen Nation und des eigenen Landes rechtfertigte innerhalb weniger Wochen die Verdrängung von individuellen Rechten. So entstanden vielfältige Zwangsregime, etwa in der Praxis der militärischen Rekrutierungen, der Besatzungsregime oder im Umgang mit vermeintlichen „Feindausländern“, aber mit immer längerer Dauer auch in der Herrschaft des Verdachts gegen angebliche Spekulanten und Profiteure, Drückeberger und Heimatverräter. Damit ging eine aggressive Ethnisierung der Politik einher, nicht allein in den multiethnischen Großreichen. Vor diesem Hintergrund erfuhren zumal Liberale die Konsequenzen von Inklusion und Exklusion im Namen von Zugehörigkeit und Loyalität, der kriegsstaatlichen Kontrolle, der Überwachung, des Zwangs. Der Krieg erwies, wie gefährdet plurale Gesellschaftsvorstellungen angesichts

13 Anselm Doering-Manteuffel: „Soziale Demokratie“ als transnationales Ordnungsmodell im 20. Jahrhundert, in: Jost Dülffer / Wilfried Loth (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte, München 2012, S. 313–333; Jörn Leonhard: Progressive Politics and the Dilemma of Reform. German and American Liberalism in Comparison. 1880–1920, in: Maurizio Vaudagna (Hg.): The Place of Europe in American History: Twentieth-Century Perspectives, Turin 2007, S. 115–132.

14 Vgl. Alexis de Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika, Zürich 1987 (Orig. 1848).

15 Leonhard, Büchse der Pandora, S. 758–767; Ders.: Krieg und Krise – Der Liberalismus 1914–1918 im internationalen Vergleich, in: Anselm Doering-Manteuffel / Ders. (Hg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 69–94.

16 Anselm Doering-Manteuffel: Ordnung jenseits der politischen Systeme. Planung im 20. Jahrhundert, in: GG 34 (2008), S. 398–406.

einer permanenten Mobilisierung von Menschen, Produktion und Kapital plötzlich waren und wie fragil auch die Privatsphäre des Individuums werden konnte. Viele der in den Jahrzehnten vor 1914 mühsam erkämpften Rechte und Errungenschaften wurden im Sommer 1914 im Rahmen von Kriegsregimes und Notstandsordnungen suspendiert, und dies eben nicht nur in den Gesellschaften der in der alliierten Propaganda als Militärmonarchien und Völkergefängnisse kritisierten Mittelmächte, sondern auch in Frankreich, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten. So entstanden ab 1916/17 auch Frontstellungen, die den Liberalismus in die Defensive drängten. Das zeigte sich an den systematischen Entgegensetzungen im Sinne eines sozialkulturellen Antiliberalismus, etwa im Fokus auf integrative Gemeinschaftsvorstellungen, auf organisierten Kapitalismus und das Konzept des Kriegsozialismus in Deutschland. In Großbritannien dokumentierte die Praxis von „compulsion“ und „conscription“ vor dem Hintergrund eines in der britischen Geschichte einmalig expansiven Kriegsstaates eine Grenzlinie zum Liberalismus. Sie erklärte auch die Entfremdung vieler Liberaler von Premierminister David Lloyd George, der vor 1914 selbst ein Vertreter des pazifistisch gesinnten Linksliberalismus gewesen war.

Drittens erfuhren Liberale spätestens ab 1917 und bis 1924 die Möglichkeit der sozialen Revolution im Namen neuer sozialistischer Utopien. Das erwies eine neue Verknüpfung zwischen Krieg und Revolution, die die monarchische Regierungsform auf dem Kontinent zur Disposition stellte und sie dem radikalen Effizienztest des Krieges unterwarf, in Russland zuerst und in bürgerlicher und bolschewikischer Revolutionsvariante, im Herbst 1918 in der Habsburgermonarchie und im Deutschen Reich und schließlich, nicht im Modus des revolutionären Hiatus, sondern als sukzessive Modernisierung von oben mit revolutionierenden Folgen, im Übergang vom Osmanischen Reich zur Türkischen Republik. Gerade die Auseinandersetzung mit den multiethnischen Empires bildete einen politischen Resonanzraum für das neue Ideal der „self-determination“. Der Führer der nationaltschechischen Exilbewegung und spätere tschechoslowakische Staatspräsident Tomáš Masaryk brachte den vermeintlich zukunftsverheißenden Zusammenhang zwischen Nationalität und Demokratie auf den Punkt: „Alles in allem sind die großen Völkerverreiche eine Institution der Vergangenheit, einer Zeit, als die materielle Macht hochgehalten und das Prinzip der Nationalität noch nicht anerkannt wurde, weil man die Demokratie noch nicht anerkannte.“¹⁷

¹⁷ Tomáš Garrigue Masaryk: The Problem of Small Nations and States, the Federation of Small States (1918), in: Zdenka Munzer / Jan Munzer (Hg.): We Were and We Shall Be. The

Der Krieg brachte, *viertens*, soziale Auf- und Abstiegsbewegungen. Während sich viele Experten aus dem liberalen Bürgertum rekrutierten, kam es gleichzeitig zu einem relativen Bedeutungsverlust des Bürgertums gegenüber den Arbeitern. Dieser wahrgenommene relative Bedeutungsverlust beförderte die kritische Auseinandersetzung vieler Liberaler mit Phänomenen der Massengesellschaft und Massenkultur. Das ging weit über den Blick auf die Folgen des am Ende des Krieges in den meisten Gesellschaften eingeführten allgemeinen Wahlrechts hinaus. Es grundierte die Angst vor dem Aufstieg der Massen als Topos der liberalen Kritik, etwa in Friedrich Naumanns Beschäftigung mit dem „Massenleben“ oder in der berühmten Skizze des Unbehagens, die José Ortega y Gasset 1930 entwerfen sollte:

„Die Städte sind überfüllt mit Menschen, die Häuser mit Mietern, die Hotels mit Gästen, die Züge mit Reisenden, die Cafés mit Besuchern; es gibt zu viele Passanten auf der Straße, zu viele Patienten in den Wartezimmern berühmter Ärzte; Theater und Kinos, wenn sie nicht ganz unzeitgemäß sind, wimmeln von Zuschauern, die Badeorte von Sommerfrischlern. Was früher kein Problem war, ist es jetzt unausgesetzt: einen Platz zu finden.“¹⁸

Insgesamt stellte der Krieg, *fünftens*, überkommene politische Ordnungskonzepte wie zumal die konstitutionelle Monarchie infrage und wirkte zugleich als Katalysator beim Durchbruch der Massendemokratie. Aber was an die Stelle der hergebrachten Konzepte treten sollte, war nach 1918 zunächst weniger eindeutig, als es sich aus dem Rückblick ergeben sollte. Zur Unübersichtlichkeit nach dem Krieg gehörte eine spannungs- und konfliktreiche Konkurrenz neuer Utopien, wie sich vor allem seit 1917 offenbarte. Darin lag die Bedeutung dieses Jahres und der entfernten Verwandtschaft von Wilson und Lenin mit ihren Bekenntnissen zu Selbstbestimmung und Selbstregierung, und beide lagen zunächst außerhalb klassischer europäischer Liberalismus-Diskurse. Verstärkt wurde diese Utopienkonkurrenz durch einen neuen globalen Wirkungszusammenhang, den die Medien der Kriegspropaganda herstellten und immer weniger kontrollierten. Allerdings rückte angesichts des Bürgerkriegs in Russland im unmittelbaren Nachkrieg vor allem Wilson ins Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit: Sein Empfang in Europa im Dezember 1918 offenbarte die hohen und widersprüchlichen Erwartungen, die sich mit seiner Person und dem Versprechen einer globalen Neuordnung

Czechoslovak Spirit through the Centuries, New York 1941, S. 152–158, hier S. 153; Müller, Zeitalter, S. 41.

¹⁸ José Ortega y Gasset: Der Aufstand der Massen (1930), übersetzt von H. Weyl, Stuttgart 2002, S. 6; Müller, Zeitalter, S. 38.

auf der Basis liberaler Werte verband – und innerhalb von sechs Monaten weitgehend desillusioniert werden sollten.

Dennoch: Wenn der Krieg die radikale Delegitimierung von Dynastien und Monarchien, von multiethnischen Großreichen möglich machte, dann auch die Neudefinition des liberalen Erbes in einem neuen Konzept der Demokratie. In der politischen Vision des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zeichneten sich die Umriss einer atlantischen Ordnung im Zeichen von „Freiheit“ und „Demokratie“ ab. Obwohl sie sich in den 1920er und 1930er Jahren erst in Ansätzen entfalten konnte und vom politischen Rückzug der USA nach 1919 beschädigt wurde, handelte es sich um Ansätze, an die man nach 1945 im europäisch-atlantischen Westen anknüpfen konnte. Die Ursprünge moderner Demokratien, die mit der Erneuerung des Liberalismus eng verknüpft waren, lagen ohne Zweifel im Ersten Weltkrieg und der Nachkriegsphase.¹⁹

Schließlich brachte das Kriegsende, *sechstens*, den scheinbaren Triumph der westeuropäischen und amerikanischen Kriegsstaaten, beglaubigt durch die Behauptung der parlamentarischen Regimes, durch das Scheitern der Monarchien mit ihren politisch nicht kontrollierten Militärs, die Auflösung der Empires auf dem Kontinent, durch revolutionäre Akte, neue Nationalstaaten und den Durchbruch des allgemeinen Wahlrechts.²⁰ Doch gerade die neuen Nationalstaaten erwiesen sich sehr bald als „Nationalitätenstaaten“ mit großen ethnischen Minderheiten und wurden zum doppelten Testfall für Selbstbestimmung und Selbstregierung. Das schloss die Gewalt im Namen der Homogenisierung nicht aus. Aber die Revolutionsanläufe stellten auch die politische Handlungs- und Deutungsposition des Bürgertums in Frage. Neue politische Akteure betraten die politischen Bühnen, nicht nur die eher kurzlebigen Arbeiter- und Soldatenräte, sondern auch die neuen Bauernparteien in vielen ostmittel- und osteuropäischen Staaten. Als der Bauernführer Aleksandr Stambolijskij in Bulgarien an die Regierung kam, verband er die Umverteilung von Grund und Boden mit der Utopie einer „grünen Internationale“.²¹

Eine Grunderfahrung der Liberalen war, dass sich die Revolutionen 1918 und in den darauf folgenden Varianten fundamental von den liberalen Vorbildern 1830 oder 1848 unterschieden. Das Ergebnis war paradox: Die Um-

wälzungen waren Revolutionen ohne Liberale, aber sie verhalfen im Ergebnis liberalen Errungenschaften zum Durchbruch. Aus der Krisenphase zwischen 1917 und 1923 entstand in den europäischen Gesellschaften nicht der Antistaat der Arbeiter- und Soldatenräte nach bolschewikischem Vorbild, sondern der parlamentarische Verfassungs- und Rechtsstaat, der auf dieser Basis die Erweiterung der politischen zur sozialen Demokratie in Angriff nahm – und in der Ausarbeitung dieser Projekte fanden viele Liberale als Experten und politische Akteure ihre Bestimmung. Doch was auf den ersten Blick für eine Fortschrittskontinuität in der Tradition des 19. Jahrhunderts sprach, verwies für viele Zeitgenossen vor allem auf die Massendemokratie im Zeichen der Niederlage und der Kriegsoffer. Der Verlauf der Revolutionen war jedenfalls nicht von Liberalen bestimmt, die sie wie Ernst Troeltsch oder Max Weber eher fasziniert oder skeptisch kommentierten, sondern von der Spannung zwischen gemäßigten Sozialdemokraten und radikalen Linken, zwischen repräsentativer Demokratie und bolschewikischem Räteystem.

Die weitere Entwicklung dokumentierte, dass die Revolutionierung im Namen von nationaler Selbstbestimmung in der Praxis sehr illiberal sein konnte. Das zeigte sich bereits im Umgang vieler neuer, formal demokratisch-parlamentarischer Staaten im Umgang mit ihren ethnischen Minderheiten. Instruktiv musste für den Liberalismus auch das Beispiel an der südöstlichen Peripherie des Kontinents sein, wo Mustafa Kemal, dem begeisterten Leser von Rousseau und Comte, die Gründung der Türkischen Republik in einem blutigen Revisionskrieg gelang. Auch er berief sich auf liberale Werte und Vorbilder, auf die Trennung zwischen Religion und Staat, die Volkssouveränität, den zivilisatorischen Fortschritt und den Republikanismus ohne bolschewikische Revolution. Das Ergebnis war ein starker Staat und eine expandierende Bürokratie, die die radikale Neuausrichtung einer ganzen Gesellschaft betrieb. Die neue Türkei schien Wilsons Maxime der Selbstbestimmung geradezu idealtypisch in nationalstaatliche Souveränität zu übersetzen. Aber von einem Schutz individueller Rechte konnte keine Rede sein, und die Praxis des Umgangs mit nicht-muslimischen Minderheiten widersprach einer Staatsbildung nach liberalen Prämissen.²²

3. Varianten des liberalen Paradigmas nach 1918

Diese hochambivalenten Erfahrungen konturierten die Ausgangssituation des Liberalismus nach 1918, aber sie entfalteten sich in sehr unterschiedlichen

¹⁹ Adam Tooze: *The Deluge. The Great War and the Remaking of Global Order*, London 2014, S. 173–251 und S. 17–19 in seiner Kritik an Mark Mazower; Müller, *Weltkrieg*; Ders. / Adam Tooze (Hg.): *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015.

²⁰ Leonhard, *Büchse der Pandora*, S. 1007 f; Michael Freedon: *Liberalism Divided. A Study in British Political Thought 1914–1939*, Oxford 1986, S. 18–44.

²¹ Müller, *Zeitalter*, S. 39.

²² Leonhard, *Frieden*, S. 1242 f.

Kontexten.²³ In Großbritannien blieben „society“ und „individual“ entscheidende Referenzen für die Liberalen. Aber selbst ein so prominenter Vertreter des reformorientierten „New Liberalism“ in Großbritannien wie Hobson, der noch 1916 das Ideal des organischen britischen Liberalismus gegen die Staatszentriertheit Preußens betont hatte, war sich 1918 darüber im Klaren, dass es nach dem Krieg keine einfache Rückkehr in die Welt des Vorkriegs-Liberalismus geben könne. Das zeige jeder Blick auf den Staat: „Niemand kann ernsthaft so argumentieren, dass am Ende des Krieges [...] der Staat wieder in den Vorkriegszustand und zum kompetitiven Laissez-faire zurückkehren wird oder kann, der weite Teile von Industrie und Handel beherrschte.“²⁴ Obgleich Hobson die Übergriffe gerade des britischen Kriegsstaates kritisierte, musste er zugeben:

„Jeder plötzliche Sprung vom Staatssozialismus der Kriegszeit mit seiner enormen Regierungskontrolle von Bauindustrie, Landwirtschaft, Bergbau, Verkehr und anderen wichtigen Wirtschaftszweigen [...] zurück zu den Vorkriegszuständen, würde Unruhe und Desaster bedeuten. Der Staat muss weiterhin ein großes Maß an Kontrolle und an Kaufkraft behalten, falls Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Depression, eine Kürzung der Löhne und so etwas wie eine soziale Revolution vermieden werden sollen.“²⁵

In den Vereinigten Staaten hatte der Kriegseintritt des Landes zunächst die Reformhoffnungen der „Progressivists“ um Walter Lippman, Walter Weyl und Herbert Croly und ihre Kritik an der ausgesprochenen Anti-Staats-Ideologie des radikalen Wirtschaftsliberalismus beflügelt. Dort markierte das Scheitern des „Wilsonian Moment“ den Augenblick tiefgehender Ernüchterung. Einerseits boten viele der während des Krieges neugeschaffenen Institutionen wie das War Industries Board, das National War Labor Board, die Food Administration oder die zur Vorbereitung der Friedenskonferenz berufenen Inquiry dem progressiven Expertenideal eine Grundlage und eine Bühne.²⁶ Viele dieser Fachleute sollten ihre Karrieren später fortsetzen, etwa Herbert Hoover oder John Foster Dulles, für die der Nachkrieg und die Pariser Friedenskonferenz eine wichtige Karrierestation bildeten. Andererseits setzte sich gerade in den Vereinigten Staaten eine Praxis der Exklusion vermeintlicher Verräter und feindlicher Ausländer fort. An die Stelle der „German huns“ traten nach dem Herbst 1918 neue antibolschewikische oder rassistische Feindbilder, wie die

Gewaltwellen des Red Summer 1919 zeigten. Das alles stand im Gegensatz zum liberalen Credo der Vielfalt und Toleranz. Das Kriegsende bedeutete für die meisten amerikanischen Progressivists nicht nur das Ende der Experimente mit einem proaktiven Staat, sondern auch den Rückfall in nationale Abschließung.

Langfristig geriet durch den Krieg also nicht nur das liberale Politikmodell unter Druck, sondern auch das plurale Gesellschaftsbild. Gegen die konstitutionell-parlamentarische Praxis konnte man argumentieren, dass moderne Staaten im Krieg allein durch bürokratisch-militärischen Sachverstand, durch Experten und Fachleute, überleben konnten. Die Rekonfiguration von vor-modernen Gemeinschaftsidealen, die man nach 1918 gegen den Liberalismus wandte, verband sich mit dem Rückgriff auf moderne Techniken: Die plurale Gesellschaft erschien als atomistisch. Jetzt sollten Sozialingenieure, die den Krieg als Möglichkeitsraum erfahren hatten, etwa in der pro-natalistischen Praxis der französischen Regierung, ein zunehmendes Gewicht bekommen.²⁷

Vielen Liberalen in Deutschland erschien die neue Republik als Bedrohung und Verheißung zugleich. Diese Ambivalenz erklärte sich aus der besonderen Überlagerung von Kriegsende und Revolution, Niederlage und Waffenstillstand. Die Ergebnisse des Krieges und des Friedens, erfahren als Demütigung und nationale Schmach, wurden von vielen Liberalen der neuen Republik angelastet. Darin mischte sich die Trauer über das Verlorene mit der Skepsis gegenüber dem Neuen. Gerade Liberale beteiligten sich aktiv an der nach dem Sommer 1919 entstehenden Revisionsbewegung, nach außen gegen den Versailler Vertrag gewandt, nach innen auf eine Überwindung der sozialen und ideologischen Polarisierungen zielend. Doch entstand so eben auch ein Werkzeug für künftige Republikfeinde. Der Kampf gegen Versailles ließ sich auch in einen Kampf gegen Weimar konvertieren, und in diesem Prozess spielten Liberale eine aktive Rolle. Die deutschen Reaktionen auf diese komplizierte Konstellation waren sehr unterschiedlich. Repräsentanten einer dezidiert unpolitisch apostrophierten Bürgerlichkeit beriefen sich nach 1918 auf den nationalen Gesinnungsbegriff der „Liberalität“, um sich so von demokratisch-partizipatorischen Konnotationen des Liberalismus abzugrenzen. Stellvertretend für viele hob Thomas Mann in seinen während der letzten beiden Kriegsjahre verfassten „Betrachtungen eines Unpolitischen“ ein bürgerlich-unpolitisches Verständnis von „Liberalität“ hervor, das er vom ideologischen Gehalt des Liberalismus zu unterscheiden suchte. Sei er „liberal“, so nur „im Sinne der Liberalität und nicht des Liberalismus. Denn ich bin unpolitisch, national, aber unpolitisch gesinnt, wie der Deutsche der

23 Im Folgenden ebd., S. 1243–1246.

24 John Atkinson Hobson: *Capital, Labor, and the Government*, zitiert nach: *Freedon, Liberalism Divided*, S. 28.

25 John Atkinson Hobson: *Democracy After the War*, London 1917, S. 164f; *Freedon, Liberalism Divided*, S. 42.

26 Leonhard, *Politics*, S. 115–132.

27 Ders., *Liberalismus*, S. 93.

bürgerlichen Kultur und wie der der Romantik, die keine andere politische Forderung kannte, als die hoch-nationale nach Kaiser und Reich“.²⁸

Max Weber sollte 1919 in seinem Vortrag über „Politik als Beruf“ die traditionellen Vorstellungen legitimer Herrschaft, die auf Monarchen, Dynastien und Imperien beruhten, historisieren – stattdessen hob er auch gegenüber den Liberalen die Massen und die Demokratie als neue Bedingungsfaktoren der Politik in Nationalstaaten hervor. Doch insgesamt mussten die Liberalen in Deutschland erleben, wie ihr tradiertes Deutungsmonopol für die Grundbegriffe „Nation“ und „Bürgertum“ durch den Krieg fundamental erschüttert worden war. Besonders aufschlussreich war die zeitgenössische Analyse des Theologen und Linkliberalen Ernst Troeltsch.²⁹ Er hatte sich immer wieder mit der „deutschen Idee der Freiheit“ auseinandergesetzt. Zunächst ein Befürworter des Krieges, hatte er im Sommer 1917 noch den deutschen U-Boot-Krieg als Waffe gegen den „Ansturm der westlichen Demokratien“ verteidigt, nach dem Scheitern der preußischen Wahlrechtsreform und dem Sturz Bethmann-Hollwegs aber an der Gründung des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland“ als Gegengewicht zur nationalistischen und annexionistischen Vaterlandspartei mitgewirkt. Ab diesem Zeitpunkt trat er für eine demokratische Erneuerung ein, um durch politische Partizipation eine revolutionäre Krise und den Zerfall der Gesellschaft in einzelne, konkurrierende Gruppen zu verhindern.³⁰

Vor diesem Hintergrund analysierte er im Mai 1919 die Schwunglosigkeit der neuen Republik:

„Die Behandlung der außen- und innenpolitischen Fragen durch Regierung und Parlament, vor allem das Auftreten des Parlaments selbst, hat viele enttäuscht. Ein sehr großer geistiger Zug ist beiden sicherlich nicht nachzurühmen. Aber wo soll der in der Kümmerlichkeit der ganzen Lage, wo jeder Fuß breit Ordnung erst in unendlicher Kleinarbeit erstritten werden muss und wo die Männer der Interessen der kleinen Leute mit den in der Gewerkschaftsarbeit erprobten Mitteln an die großen Weltfragen und allgemeinsten Lebensfragen herangehen müssen, herkommen?“

28 Thomas Mann: Betrachtungen eines Unpolitischen, in: Ders.: Große Kommentierte Frankfurter Ausgabe, Bd. 12/1, hg. von Hermann Kurzke, Frankfurt/M. 2009, S. 108.

29 Friedemann Voigt: Ernst Troeltsch. Leben und Werk, in: Ernst Troeltsch: Gesammelte Schriften, Bd. 1, ND. Darmstadt 2016, S. XXII–XXIII.

30 Jörn Leonhard: „Über Nacht sind wir zur radikalsten Demokratie Europas geworden“ – Ernst Troeltsch und die geschichtspolitische Überwindung der Ideen von 1914, in: Friedrich Wilhelm Graf (Hg.): „Geschichte durch Geschichte überwinden“. Ernst Troeltsch in Berlin, Gütersloh 2006, S. 205–230.

Die führende Intelligenz sei durch Obstruktion gekennzeichnet, Beamte stellten sich allein auf den „Boden der Tatsachen“, zum Teil auch in Widerstandshaltung. Die Massen seien enttäuscht, da sie nur Papiergeld in Mengen, doch keine Gütermengen sähen. Für alle Probleme werde die Demokratie als neue Staatsform verantwortlich gemacht: „Es ist ein allgemeiner Ansturm der Enttäuschten, der Ideologen und der Restaurationsmänner gegen die Demokratie, die man anfangs so hoch zu preisen wusste.“ So komme es zur „Verwerfung der öden und geistlosen ‚Formaldemokratie‘“, bei der man den „großen Schwung“ und die „großen Ideen, die grundsätzliche Neuheit, die Kraft und Größe der Herrschgesinnung“ vermisst. So fiel Troeltschs Bilanz im Frühjahr 1919 skeptisch aus, und die Demokratie schien ihm zunächst eine wesensfremde Ordnung für die Deutschen. Doch konnte er bei aller Glanzlosigkeit keine andere Antwort finden als einen demokratischen Inkrementalismus, eine Politik der kleinen Schritte des Möglichen:

„Überall Träumer, wohin man blickt, sofern nicht die Träumer blutige Realisten sind. Dass die Demokratie uns im Grunde nicht liegt und dass sie (übrigens vor allem in Deutschland) die Mängel der Mittelmäßigkeit und Spießhaftigkeit trägt, dass das heutige deutsche parlamentarische Regime die Züge der bloßen Nachahmung und der kleinlichsten Selbstversorgung reichlich trägt, das ist leider nicht zu leugnen. Ebenso wenig aber, dass wir nichts Besseres haben und an dieser kümmerlichen Stange in die Höhe klettern müssen, soweit von Höhe überhaupt die Rede sein kann.“³¹

4. Dichotomie und Verflechtung: Liberalismus und Faschismus

Was bedeuteten diese Entwicklungen und Varianten für den Liberalismus im Zeitalter der ideologischen Extreme? Auf den ersten Blick erschienen die ideologischen Programme der russischen Bolschewiki, der italienischen Faschisten und der deutschen Nationalsozialisten als das radikale Gegenteil des Liberalismus mit seinem Fokus auf Verfassung, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit.³² Und ohne Zweifel war die Liberalismus-Kritik auch ein Merkmal der neuen radikalen Ismen von rechts und links. Hans Freyers „Revolution von rechts“ war 1931 nichts anderes als ein Angriff auf die überkommene Verbindung von Bürgertum und Liberalismus:

31 Ernst Troeltsch: Der Ansturm gegen die Demokratie (Mai 1919), in: Ders.: Kritische Gesamtausgabe, hg. von Friedrich Wilhelm Graf, Christian Albrecht und Gangolf Hübinger, Bd. 14: Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919–1922), Berlin 2015, S. 93–98, hier: S. 94 f.

32 Im Folgenden Leonhard, Frieden, S. 1246–1253.

„Eine neue Front formiert sich auf den Schlachtfeldern der bürgerlichen Gesellschaft: die Revolution von rechts [...]. Sie wird die alten Parteien, ihre festgefahrenen Programme und verstaubten Ideologien übergreifen. Sie wird den verstockten Klassengegensätzen einer hüben wie drüben kleinbürgerlich gewordenen Welt zwar nicht ihre Realität, aber ihren Dünkel, produktiv zu sein, mit Erfolg bestreiten. Sie wird mit den Resten des 19. Jahrhunderts, wo es noch festsitzt, aufräumen und die Geschichte des 20. freimachen.“³³

Aber schon der von Freyer unterstellte Zusammenhang, der im Begriff des „bürgerlichen Liberalismus“ eine Formel der Liberalismus-Gegner war (einst der radikalen Linken, jetzt der Nationalsozialisten), um einen kohärenten Gegner zu stiften, existierte längst nicht mehr. In seiner bemerkenswerten Diagnose „Deutscher Geist in Gefahr“ von 1932 konstatierte Ernst Robert Curtius knapp: „Weder parteipolitisch noch kulturell gibt es heute noch einen Bürgerblock.“³⁴

Weltkrieg und Kriegsende hatten nicht allein die Grenzen zwischen sozial verorteten Ideologiemilieus durchlässiger, sondern auch die ideologischen Sprachen sehr viel fließender gemacht, als es der erste Eindruck der trennscharfen Polarisierung und Abgrenzung nahelegte. Zum Erbe des großen Erfahrungsumbruchs 1918/19 gehörten daher Übergangszonen und Kontaktzonen zwischen Liberalismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus. Die zum Teil verwischenden Konturen waren Ausdruck einer offenen Konkurrenz von Zukunftsentwürfen, und sie brachten ein ganzes Panorama von Annäherungen oder Konversionen in unterschiedlichen europäischen Kontexten und auf verschiedenen Ebenen hervor, von denen sechs im Folgenden kurz skizziert werden sollen.

Erstens identifizierten in den Gesellschaften der Verliererstaaten nicht wenige bürgerliche Liberale die für sie negativen Ergebnisse des Weltkriegs und der Friedensschlüsse mit dem Durchbruch der Massendemokratie. Das galt zumal für viele ehemalige Nationalliberale in Deutschland, die aus dieser Erfahrung ihre Distanz zur parlamentarischen Demokratie ableiteten. Gerade die Enttäuschung über den angeblichen Verrat Wilsons an den eigenen Prinzipien und an den amerikanischen Versprechen gegenüber der neuen demokratisch legitimierten Regierung Deutschlands im Oktober 1918 diskreditierte auch den mit Wilson identifizierten Durchbruch der Massendemokratie. Weil

andere universalistische Deutungsmuster wie die Sprache des Republikanismus in Frankreich oder die an 1688 oder 1776 orientierten Selbstbilder der britischen Liberalen und amerikanischen Progressivists fehlten, konnten Revisionismus und Phantomschmerz angesichts der verlorenen nationalen Größe einen solchen Stellenwert für viele Liberale in Deutschland erhalten.

Zweitens entwickelten auch Vertreter eines strengen Wirtschaftsliberalismus, die sich gegen einen zu starken Versorgungsstaat wandten, zum Teil starke Vorbehalte gegen ein wesentliches Kennzeichen der Weimarer Demokratie, nämlich die sukzessive Expansion des Sozialstaates, um nach 1920 weitere revolutionäre Anläufe einzudämmen. In den Augen eines Repräsentanten dieses orthodox wirtschaftsliberalen Flügels wie Ludwig Mises waren im Kampf gegen den sozialpolitisch immer weiter ausgreifenden Staat selbst autoritäre Mittel gerechtfertigt.

Eine entscheidende Brücke zwischen den Liberalen und den radikalen Rechten bildete, *drittens*, die gemeinsame Wahrnehmung der Bolschewiki als des aus Krieg und Revolution hervorgegangenen ideologischen Hauptgegners. Das zeigte sich zunächst bald nach 1918 in Italien, aber in der Rezeption des italienischen Faschismus und der teils offen geäußerten Sympathie für Mussolini auch in Teilen des deutschen Bürgertums. Dies erfasste so unterschiedliche Personen wie Erwin von Beckerath, Carl Schmitt oder Robert Michels, aber eben auch Rudolf Smend oder seinen Schüler Gerhard Leibholz. Selbst im linksliberalen Lager gab es ein positives Echo bei Emil Ludwig oder Theodor Wolff.³⁵

Eine weitere ideologische Konturverwischung ergab sich, *viertens*, aus der Haltung zum und dem Umgang vieler europäischer Liberaler mit dem Parlamentarismus, wie er sich nach dem Kriegsende als Ergebnis von Revolutionen, Staatsbildungen und Wahlrechtsreformen herausbildete. Schon bald neigten nicht wenige Liberale zu einer kritischen Sicht des parlamentarischen Systems, das jedenfalls der Gleichsetzung von Liberalismus und Parlamentarismus widersprach. So wurde die Auflösung der gekoppelten Gehäuse „Liberalismus und Bürgertum“ sowie „Liberalismus und Parlamentarismus“ ein entscheidendes Kennzeichen der Phase nach 1918. Gerade in Ländern, die immer wieder als relativ stabile Pfeiler des Parlamentarismus zitiert wurden, offenbarte sich das. Das Beispiel der ersten Nachkriegswahlen in Großbri-

³³ Hans Freyer: Revolution von rechts, Jena 1931, S. 5.

³⁴ Ernst Robert Curtius: Deutscher Geist in Gefahr, Stuttgart 1932, S. 18; Horst Möller: Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918, in: Lothar Gall (Hg.): Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 293–342, hier S. 293 f.

³⁵ Jens Hacke: Die Krise des politischen Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. Theoriegeschichtliche Sondierungen, in: Steffan Kailitz (Hg.): Nach dem „Großen Krieg“. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19–1939, Göttingen 2017, S. 69–88; Ders.: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit, Berlin 2018, S. 95–97, 217–220 und 238 f.

tannien im Dezember 1918 unterstrich, wie man offensichtlich mit vorab erstellten Listen ein gefügiges Parlament schaffen konnte. In den sogenannten Coupon-Wahlen agierte der liberale Premierminister David Lloyd George jedenfalls genau so; 483 von 550 Kandidaten standen auf einem die Wahl faktisch sichernden Coupon. Das Ergebnis war ein Parlament, das eine große Mehrheit für eine kaum kontrollierte Regierung produzierte. In der gerade neu gegründeten Tschechoslowakischen Republik dachte ihr erster Staatspräsident Tomáš Masaryk, der sich schon während des Krieges im amerikanischen Exil und dann im Moment der Staatsgründung 1918 enthusiastisch an das Vorbild der amerikanischen Demokratie und ihres Gründungs moments 1776 angelehnt hatte, bereits 1919 an die Möglichkeit einer kurzen Diktatur. Eine solche Phase könne die Interessen des Volkes viel besser ausdrücken und zur Geltung bringen als eine schwerfällige parlamentarische Demokratie.³⁶

In Deutschland offenbarten sich die Widersprüche des Liberalismus in seinem Verhältnis zum Parlamentarismus geradezu exemplarisch in der Person Friedrich Meineckes, des wohl wichtigsten bürgerlich-liberalen Historikers der Weimarer Republik. Obwohl er sich für die Demokratie als Staatsform einsetzte, warnte er den Liberalismus ausdrücklich davor, sich zu sehr mit dem parlamentarischen System zu identifizieren. Es sei eine falsche Annahme, „dass der reine Parlamentarismus die beste Freiheitsbürgschaft“ sei.³⁷ Damit sprach er eine grundsätzliche Spannung an, die Carl Schmitt in seinem Vorwurf zuspitzte, dass der demokratische Gleichheitsgedanke und die Homogenisierung von Gesellschaften, die in den europäischen Nachkriegsgesellschaften zu Leitideen erhoben worden waren, dem ursprünglichen Freiheitsbegriff des Liberalismus widersprechen müsse – wenn man so will, war das eine Reformulierung von Tocqueville unter den Bedingungen des Nachkriegs. Schmitts Antwort auf dieses Problem war mit der akklamatorisch bestätigten Führerdemokratie eine radikale Absage an die Prämissen des Liberalismus und das Vertrauen auf Herrschaftskontrolle durch institutionelle Gewaltenteilung: „Das Volk kann nur Ja oder Nein sagen; es kann nicht beraten, deliberieren oder diskutieren; es kann nicht regieren und nicht verwalten; es kann auch nicht normieren, sondern nur einen ihm vorgelegten Normierungsentwurf durch sein Ja sanktionieren.“³⁸

Natürlich ging Meinecke nicht so weit. Aber der Blick auf ihn enthüllt doch eine ganz eigene Mischung von Überzeugungen: Während er dem Gedanken der Parteienkonkurrenz zustimmend gegenüberstand, kritisierte er das parlamentarische Regierungssystem und trat für die Idee einer „Volksgemeinschaft“ ein, die die sozialen Spannungen und Interessenkonflikte der Nachkriegsgesellschaft überwinden sollte. Hier wirkten erkennbar Gemeinschaftsvorstellungen aus dem Krieg weiter fort. Alfred Weber allerdings, der Bruder von Max Weber und einer der einflussreichsten Kultursoziologen der 1920er und 1930er Jahre, reflektierte offen über die Möglichkeit, einen in seinen Augen entscheidungsschwachen Parlamentarismus durch die Praxis einer oligarchischen, „unegalitären, ganz modernen Führerdemokratie“ zu überwinden.³⁹

Mochte der soziale Liberalismus nach dem Krieg durch die Konkurrenz der Sozialdemokratie an Bedeutung verlieren, so blieb doch, *fünftens*, die Rückbindung des liberalen Denkens an die bürgerliche Mittelschicht zumindest innerhalb der akademischen Eliten für lange Zeit erhalten. Viele der Fachleute, Experten, zumal der Sozialingenieure, die in den 1920er und 1930er Jahren die Anläufe der bürgerlichen Demokratie begleiteten und dadurch an Bedeutung gewannen, waren akademisch-bürgerlich sozialisiert. Das Ideal der Planung und Steuerung, der Arbeit an einer möglichst optimalen Neuorganisation der Gesellschaft, war ein Erbe der Kriegserfahrungen und verband sich nach 1920 mit dem Vertrauen in neue, aus dem sozialen und technischen Fortschritt resultierende Handlungsoptionen. Im Weltbild vieler dieser Sozialingenieure spielte das liberale Paradigma eine wichtige Rolle, wenn auch in einer sozial-liberalen Grundierung und der Ordnung der bestehenden Demokratie angepasst. Auch wenn es seit Beginn der 1930er Jahre eine faschistische oder kommunistische, jedenfalls eine programmatisch anti-liberale Wendung gab, gab es auch personale Kontinuitäten, etwa von nationalliberalen und sozialliberalen Experten in deutschen Sozialverwaltungen.⁴⁰ Viele der Leitmotive der nationalsozialistischen Weltanschauung – „Volksgemeinschaft“, „Volkskörper“, „Lebensraum“ oder „Führerstaat“ – waren gegenüber den Denkmustern und Handlungszielen der bürgerlichen Sozialexperten mindestens anschlussfähig.⁴¹

36 Orzoff, *Democracy*, S. 263 f.

37 Friedrich Meinecke: *Einige Gedanken über Liberalismus*, in: Ders.: *Politische Schriften und Reden*, hg. von Georg Kotowski, Darmstadt 1966, S. 414–417, hier S. 417; Hacke, *Krise*, S. 77.

38 Carl Schmitt: *Legalität und Legitimität*, Berlin 1996, S. 86; Hacke, *Krise*, S. 74.

39 Alfred Weber: *Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa*, Stuttgart 1925, S. 138; Hacke, *Krise*, S. 77.

40 Thomas Etzemüller (Hg.): *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009.

41 Lutz Raphael: *Sozialexperten in Deutschland*, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): *Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit*, München 2003, S. 327–346, hier S. 337.

Schließlich entwickelten sich, *sechstens*, auch Fälle von Konversionen. Als Mussolini nach zehn Jahren an der Macht eine offizielle Doktrin des italienischen Faschismus vorlegte, stammte sie von dem ursprünglich liberalen Philosophen Giovanni Gentile. Schon bald nach dem Krieg hatte er mit liberalen Positionen nach einer Rechtfertigung des Faschismus gesucht. Dabei bündelten sich Motive und Begründungszusammenhänge, die in anderen europäischen Fällen eher vereinzelt auftraten. Ein entscheidendes Motiv war der Eindruck, die Errungenschaften des Liberalismus nur auf diesem Wege gegen eine Bedrohung durch die radikale Linke schützen zu können. Dazu kam bei Gentile, den Mussolini nach seinem Marsch auf Rom als Bildungsminister in sein Kabinett geholt hatte, ein starker Fokus auf den Gedanken der individuellen Selbstverwirklichung. Gentile ging davon aus, dass sie aufgrund der sozialen Natur des Menschen nur in einer Gemeinschaft gelingen könne. Der Kompromiss zwischen dem Eigeninteresse jedes Individuums und den vertragstheoretisch bestimmten Interessen einer Gesellschaft erschien ihm nach den Erfahrungen des Krieges nicht mehr überzeugend – so entwickelte er die Konzeption der Nation als einzig überzeugendem Rahmen kollektiver und individueller Entscheidungen mit moralischer Qualität. Vor diesem Hintergrund stellte die Nation für Gentile nicht wie im ethnisch bestimmten Nationalismus eine gegebene, gleichsam a priori existierende Größe dar. Sie war in seinen Augen vielmehr das Produkt permanenter Anstrengungen – und genau darin erkannte er die einzigartige Funktion des Faschismus, um das unabgeschlossene *Risorgimento* des 19. Jahrhunderts im Italien des 20. Jahrhunderts zu vollenden.

Gentile betrachtete den Faschismus als Verkörperung des ethischen und des totalen Staates und damit langfristig als die eigentlich echte Form der Demokratie. Gegenüber dem amerikanischen Magazin „Foreign Affairs“ erklärte er 1927:

„Der faschistische Staat [...] ist ein Volksstaat und als solcher der demokratische Staat par excellence. Das Verhältnis zwischen Staat und Bürger [...] ist demgemäß so innig, dass der Staat nur dadurch und insoweit existiert, als der Bürger seine Existenz verursacht. Seine Ausformung ist somit die Ausformung eines Bewusstseins von ihm durch die Individuen, durch die Massen. Von daher die Notwendigkeit der Partei und sämtlicher Propaganda- und Erziehungsinstrumente, von denen der Faschismus Gebrauch macht, um die Gedanken und den Willen des Duce zu den Gedanken und dem Willen der Massen zu machen. Von daher die enorme Aufgabe, die sich der Faschismus vornimmt, wenn er versucht, die ganze Masse der Menschen, angefangen bei den Kleinkindern, im Schoß der Partei zu versammeln.“⁴²

⁴² Giovanni Gentile: The Philosophic Basis of Fascism, in: Foreign Affairs 6 (1927/28), S. 290–304, hier S. 302 f.; Müller, Zeitalter, S. 180 f.

5. Zusammenfassung und Ausblick: Hybridität und Resilienz des Liberalismus im 20. Jahrhundert

Die Phase nach 1918 war wahrscheinlich die wichtigste Zeitspanne in der Geschichte des Liberalismus im 20. Jahrhundert, vielleicht sogar eine zweite Sattelzeit. Die „Krise“ des Liberalismus, die von Eric Hobsbawm sogar zum „Untergang des Liberalismus“ übersteigert wurde, ließ den Liberalismus seit 1930 fast unsichtbar werden.⁴³ Aber diese Sichtweise bezieht ihre Suggestionskraft aus der Dichotomie und Polarisierung der ideologischen Deutungsangebote von Liberalismus, Kommunismus und Faschismus, aus der Zuspitzung der politisch-ideologischen Sprache. Diese sich gegenseitig ausschließenden Alternativen schienen zu manichäischen Oppositionen zu werden, die keine Unentschiedenheit duldeten, wie es Carl Schmitts Freund-Feind-Paradigma als Basis des Politischen exemplarisch zum Ausdruck brachte.⁴⁴

Der Blick auf die Erbschaften des Krieges und die Umbrüche des Nachkrieges zeigt jedoch, dass und wie sich vermeintlich festgefügte Passungen aufzulösen begannen und scheinbar hermetische ideologische Gehäuse permeabel wurden. Das galt angesichts der neuen Utopienkonkurrenz, der bolschewikischen Bedrohungsszenarien und der kritischen Wahrnehmungen von Massendemokratie und Massenkultur für die gängigen Kopplungen zwischen Liberalismus und Bürgertum sowie zwischen Liberalismus und Parlamentarismus. Im Ergebnis entstanden jenseits und unterhalb der Schmitt'schen Freund-Feind-Beziehung auch zwischen Liberalismus und Nationalsozialismus bzw. Faschismus neuartige Berührungspunkte und Übergänge, Kontakte und Konversionen.⁴⁵

Die Normen liberalen Handelns büßten nach dem Ersten Weltkrieg an Bedeutung ein. Sie verloren die für das 19. Jahrhundert charakteristische Kopplung von Liberalismus und Fortschritt und damit die entscheidende

⁴³ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 143; Anselm Doering-Manteuffel: Das schwarze Jahrhundert und sein „Goldenes Zeitalter“. Eric Hobsbawms Deutung der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Neue Politische Literatur 42 (1997), S. 365–377; Moritz Föllmer / Rüdiger Graf (Hg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt/New York 2005.

⁴⁴ Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen (1927), Hamburg 1933, S. 7; Christian Meier: Zu Carl Schmitts Begriffsbildung – Das Politische und der Nomos, in: Heinz Quaritsch (Hg.): Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt, Berlin 1988, S. 537–556; Jörn Leonhard: Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750–1914, München 2009, S. 3.

⁴⁵ Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie, in: Dies., Liberalismus, S. 13–32.

Deutungskategorie der Zukunft.⁴⁶ Der optimistische Glaube an den „Fortschritt mit humanem Maß“ als ein gleichsam universelles Versprechen war durch den Krieg zerstört worden.⁴⁷ Ein handlungsleitendes Programm für Staat und Gesellschaft konnte der Fortschritt offenbar nicht mehr bieten. Auch wenn die 1920er und 1930er Jahre eine Zeit des atemberaubenden technischen Fortschritts waren, in der Expresszüge, Rennwagen, Luftschiff und Flugzeug den Rausch der Geschwindigkeit und eine scheinbar unbegrenzte Ausweitung des Raumes verkörperten, blieb dies ohne Bezug zum früheren Glauben an einen Fortschritt zum Wohle der Menschheit. Der Universalismus der Technik verstärkte den Glauben an bestimmte Machbarkeiten und Planbarkeiten – aber über die Ausrichtung der politischen und sozialen Ordnung sagte das per se nichts aus. Die Zeitgenossen erlebten stattdessen eine Kulturrevolution antiliberalen Denkens, die in Deutschland und Österreich besonders stark ausgeprägt war, aber auch in Frankreich und Großbritannien deutliche Auswirkungen hatte. Sie äußerte sich in der Ablehnung eines in die Geschichte eingebetteten Denkens, wonach eine Gesellschaft einzig durch das Bewusstsein ihres „Gewordenseins“ befähigt war, auch ihre Zukunft zu bauen. Die Erfahrung des Weltkriegs stand quer dazu und schien den Glauben an die Gestaltungskraft des liberalen Fortschritts zu blockieren.⁴⁸

Tendenziell lassen sich in der Zwischenkriegszeit Anzeichen für eine parallele Entwicklung in den Gesellschaften des liberalen angloatlantischen Westens und europäischen Nordens einerseits und den antiliberalen politischen Systemen Mittel- und Osteuropas andererseits erkennen. Auf die 1930er Jahre bezogen, ging es in den von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit geprägten Krisenjahren darum, das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft neu zu bestimmen. Auf die Fragen, wo der einzelne Mensch seinen Ort finden sollte, in der Öffentlichkeit, im Wirtschaftsleben, im Bereich der politischen Mitbestimmung, gaben der amerikanische New Deal, der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus, am Ende des Zweiten Weltkriegs auch das britische Versprechen zur Errichtung eines egalitären Wohlfahrtsstaats denkbar unterschiedliche Antworten. Aber die Ausgangsfragen, die ihr Handeln und ihre Programmatik kennzeichneten,

wiesen deutliche Ähnlichkeit auf, weil sie aus ähnlichen materiellen Grundbedingungen in einer Zeit der tiefen Krise der kapitalistischen Wirtschaft hervorgingen.⁴⁹

Mochte es scheinen, als verschwinde der Liberalismus seit dem Ende der 1920er Jahre aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit, so ging er doch nicht unter. Stattdessen handelte es sich um eine Transformationskrise. Zum Bild des langen Nachkriegs, der eben mehr war als eine Zwischenkriegszeit, die den Großen Krieg nur unterbrach, gehörte das, was Tony Judt die „adaptability“ des Liberalismus im 20. Jahrhundert genannt hat.⁵⁰ Judt identifizierte zwei, nur auf den ersten Blick einander widersprechende Leit motive in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Auf der einen Seite betonte er die Erfahrung von Gewalt im Namen ideologischer Extreme, die zu Massenphänomenen geworden waren. Auf der anderen Seite hob er die Fähigkeit von Liberalismus und Kapitalismus in diesem Zeitalter der Gewalt hervor, eine Krise nach der anderen zu überleben. Das immer wieder verkündete Ende des Liberalismus jedenfalls stand und steht im Gegensatz zu einer ausgesprochenen Resilienz, einer Fähigkeit zur Regeneration und Anpassung an radikal veränderte Umstände und institutionelle Bedingungen. Diese Interpretation setzt gegenüber Mazowers Bild des „verlassenen Tempels“ einen anderen Akzent. In dieser Perspektive war die Krise des Liberalismus seit dem Ersten Weltkrieg eine Chance zur programmatischen Erneuerung, die sich erst nach 1945 und nach 1989 entfalten sollte.⁵¹

⁴⁶ Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001.

⁴⁷ Dieter Langewiesche: *Liberalismus und Bürgertum in Europa*, in: Jürgen Kocka (Hg.): *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Bd. 3, München 1988, S. 360–394, hier S. 387.

⁴⁸ Anselm Doering-Manteuffel: *Mensch, Maschine, Zeit. Fortschrittsbewusstsein und Kulturkritik im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts*, in: *Jahrbuch des Historischen Kollegs* 2003, München 2004, S. 91–119.

⁴⁹ Wolfgang Schivelbusch: *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939*, München 2005; Howard Brick: *Transcending Capitalism. Visions of a New Society in Modern American Thought*, Ithaca 2006; José Harris: *Einige Aspekte der britischen Sozialpolitik während des Zweiten Weltkriegs*, in: Wolfgang Mommsen / Wolfgang Mock (Hg.): *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien 1850–1950*, Stuttgart 1982, S. 255–270.

⁵⁰ Tony Judt / Timothy Snyder: *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*, München 2013.

⁵¹ Freedon, *Liberalism Divided*; Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 233–286.